

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/244

23. Dezember 1974

Mit ganzer Kraft das Machbare realisieren

Hessen: Politik auf der breiten Grundlage sechlicher
Übereinstimmung

Von Albert Daswald MdL
Ministerpräsident von Hessen und Landesvorsitzender der
SPD

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Der Übermut der Mehrheit ist gefährlich

Eine Bilanz der Vollversammlung der Vereinten
Nationen 1974

Von Karl-Hans Kern MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages
und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die
Vereinten Nationen

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Mehr Rechte für den Verbraucher

Gesamtreform des Lebensmittelrechts tritt in Kraft

Von Jürgen Egert MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 5 bis 7 / 118 Zeilen

Fragen um die Bundesanstalt für Arbeit

Konkrete Antworten des Präsidenten Stingl erforderlich

Von Bertold Kamm MdL
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayrischen
Landtag

Seite 8 / 41 Zeilen

-
- * * Allen Lesern und Mitarbeitern
 - * * ein frohes Weihnachtsfest!
 - * * (Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes
 - * * erscheint am 30. Dezember 1974)

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 100 400
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Mit ganzer Kraft das Machbare realisieren

Hessen: Politik auf der breiten Grundlage sachlicher Übereinstimmung

Von Albert Dewald MdL

Ministerpräsident von Hessen und Landesvorsitzender der SPD

Die sozialdemokratische Solidarität, gewachsen aus der politischen Erfahrung und unverbrüchlicher Bestandteil der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, hat sich erneut bewährt. Sie machte die Grundlage der sozialdemokratischen Politik bei der Regierungsbildung in Hessen all jenen einen Strich durch die Rechnung, denen eine zerstrittene SPD besser in ihr Konzept gepaßt hätte, weil sie nur darin die Chancen sahen, auf kaltem Wege die Staatsmacht wieder zu erlangen. Alle Spekulationen über die Wahl des hessischen Ministerpräsidenten wurden durch das Zusammenstehen der Koalitionspartner ad absurdum geführt. Ebenso wird es den häßlichen Bemerkungen über den Bestand dieser neuen sozialliberalen Regierung in Hessen ergehen.

Sozialdemokraten wissen: Ein bloßes Auswechseln von Namen und Personen würde die Probleme nicht vereinfachen oder die Sachzwänge, von denen Politik abhängig ist, nicht beseitigen. Diese Einsicht setzt sich mehr und mehr durch. Viele Bürger - sie äußern das auch spontan - wissen, daß heute keine Utopien voranzuhelfen. Sie wissen, daß es wichtig ist, Reformziele nicht aus dem Auge zu verlieren, daß aber zuerst und mit aller Kraft das aktuell Notwendige und das Machbare angepackt werden müssen. Das war die Politik der sozialdemokratisch geführten Landesregierung und das wird sie auch in den kommenden vier Jahren bleiben.

In erster Linie werden wir uns bemühen, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Arbeitsplätze zu sichern. Diese Aufgabe gehört zu den vordringlichsten, bedarf aber enormer gemeinsamer Anstrengungen. Wir werden im Rahmen der Konjunktur und der Strukturpolitik unseren Teil dazu beitragen, daß neue Arbeitsplätze geschaffen und gefährdete gesichert werden. Ein weiterer Bereich, der im Vordergrund dieser Politik steht, ist der gesamte Sektor der beruflichen Bildung. Dazu gehört der Ausbau der Berufsschulen mit einer Erweiterung

des Unterrichtsangebotes, die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres als verstärkter Versuch und der Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Mehr Chancengleichheit wollen wir auch im Gesundheitswesen durch die Erweiterung des Hessenklinik-Programms schaffen, weil wir glauben, daß die Behandlung und Betreuung von Patienten ausschließlich durch die Schwere der Erkrankung bestimmt werden muß. Zu den sozialpolitischen Aufgaben gehört ebenso dringlich die stärkere Integration der älteren Mitbürger und auch der Jugend in die Gemeinschaft. Gerade der Älteren Generation, der der Aufbau unseres Wohlstandes zu verdanken ist, müssen wir entschlossen und solidarisch helfen.

Auf dem Gebiet der Verwaltungsreform wird, nachdem die Gebietsreform abgeschlossen ist, die Funktionalreform auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarungen angepackt werden. Sonderverwaltungen sollen dabei weitgehend in die allgemeine Verwaltung integriert werden. Unnötig erschiene dabei, die Regierungspräsidien, die sich als gutfunktionierende Verwaltungsbehörden erwiesen haben, aufzulösen. Davon konnten wir auch den Koalitionspartner überzeugen, so daß er diese Forderung mittlerweile aufgegeben hat.

Diese Punkte sind nur einige aus der Fülle von Aufgaben für die kommenden Jahre. Die Probleme werden angepackt und gelöst werden können, wenn die Sozialdemokraten in Hessen wie bisher weiter solidarisch zusammenstehen. Auf der Grundlage einer breiten Übereinstimmung in Sachthemen innerhalb der SPD läßt sich in allen Fragen auch eine Einigung mit dem Koalitionspartner erzielen. Das ist die Grundlage einer erfolgreichen Arbeit der neuen Regierung in Hessen.

(-/23.12.1974/bgy/pr)

+ + +

Der Übermut der Mehrheit ist gefährlich

Eine Bilanz der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1974

Von Karl-Hans Kern MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Vorsitzender
der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Die 29. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat in einigen Entscheidungen deutlich gemacht, daß dort eine Mehrheit den Ton angibt, die selbstbewußt genug ist, um über die Wünsche und Meinungen der großen Beitragezahler hinwegzugehen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, es ist sogar zu begrüßen, wenn die Entwicklungsländer selbstbewußter werden. Bedenklich wird es nur, wenn dabei die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen außer acht gelassen werden. Die Mehrheit hat während der diesjährigen Vollversammlung einige recht bedenkliche Entscheidungen gefällt.

Mit 105 gegen vier Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen (darunter die Bundesrepublik) beschloß die Vollversammlung, der PLO Gelegenheit zu geben, in der Vollversammlung zum Palästina-Problem selbst Stellung zu nehmen. Damit wurde einer mit den Mitteln des Terrors arbeitenden Organisation der Schein eines souveränen Staates verliehen. Ihr Führer Arafat wurde wie ein Staatschef behandelt, als er zu seiner Rede vor der Vollversammlung kam. Damit war die Rechtfertigung von Gewaltanwendung vollzogen.

Mit 89 gegen acht Stimmen bei 37 Enthaltungen (darunter die Bundesrepublik) wurde in einer Resolution das Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes in Palästina anerkannt. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht zuvor alle Versuche, in dieser Resolution auch das "Recht Israels auf staatliche Existenz in gesicherten Grenzen" festzuhalten, von der Mehrheit abgewiesen worden wären. Dadurch wurde das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk zwar ausgesprochen, jedoch eindeutig zum Recht auf die Vernichtung des Staates Israel verflecht.

Mit 95 gegen 17 (darunter die Bundesrepublik) Stimmen bei 19 Enthaltungen gewährte die Vollversammlung der PLO Beobachterstatus bei den

Vereinten Nationen. Der Palästinenserführer Arafat und seine Terroristen haben jetzt das Recht, stündig bei den Vereinten Nationen aus und ein zu gehen.

Neben diesen drei Palästinenser-Entscheidungen der diesjährigen Vollversammlung war noch eine andere sehr bedenklich. Der Republik Südafrika wurde das Rede- und Stimmrecht entzogen. Bei aller berechtigten Kritik an der Rassenpolitik Südafrikas müssen die Vereinten Nationen nach den Grundsätzen der Charta allen Staaten die Möglichkeit zur Mitarbeit geben. Ein Entzug des Stimmrechts kann nur auf Empfehlung des Sicherheitsrates erfolgen. Eine solche lag jedoch nicht vor.

So war die 29. Vollversammlung neben guten Entscheidungen, wie der Verabschiedung der Definition der Aggression, die Vollversammlung, die durch einen über die Grenzen der Satzung hinweggehenden Übermut der Mehrheit gekennzeichnet war. Sicher ist diese Mehrheit der Länder der Dritten Welt, in der die arabischen Länder schon seit langem die Führungsrolle übernommen haben, durch die Ölmilliarden gestärkt und mächtiger geworden. Sicher gibt es auch Beispiele aus den fünfziger Jahren, die zeigen, wie die damalige Mehrheit der UNO, die westlichen Industriestaaten unter Führung der USA, ihre Macht rücksichtslos ausgespielt hat. Wer jedoch Interesse an der friedlichen Beilegung der Konflikte auf unserer Erde hat, der muß auch künftig an einem Fortbestehen der UNO interessiert sein. Das aber heißt für das kommende Jahr, daß es darum geht, alle Staaten zum strikten Einhalten der Charta und der Satzung der Vereinten Nationen zu bewegen, weil sonst die Gefahren heraufbeschworen werden, die einst dem Völkerbund ein ohnmächtiges Ende bereiteten. Noch ist es nicht so weit, aber der Übermut der Mehrheit der 29. Vollversammlung darf keine Fortsetzung finden.

(-/23.12.1974/bgy/pr)

+ + +

Mehr Rechte für den Verbraucher

Gesamtreform des Lebensmittelrechts tritt in Kraft

Von Jürgen Egert MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestageausschuß
für Jugend/Gesundheit/Familie

Am 1. Januar 1975 tritt - von einigen Ausnahmeregelungen abgesehen - mit der Gesamtreform des Lebensmittelrechts das bedeutsamste Verbraucherschutzgesetz dieser Legislaturperiode in Kraft. Anlaß genug, nochmals hervorzuheben, welche positiven Wirkungen dieses Gesetz für den Verbraucher bringen wird.

Der Schutz vor möglichen gesundheitlichen Schäden wird verbessert. Lebensmittel sollen künftig frei von gesundheitlich bedenklichen Zusatzstoffen angeboten werden. Ein Katalog von Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit, die Kompetenz, bundeseinheitlich Hygienevorschriften für die Lebensmittelherstellung zu erlassen, werden weitere gesundheitliche Sicherungen im Interesse des Verbrauchers schaffen. Bei Tabakerzeugnissen soll ein besonderes Zulassungsverfahren für die Stoffe, die bei der Tabakwarenherstellung Verwendung finden, das vorhandene gesundheitliche Risiko mindern helfen. Warnhinweise sowie die Information über den Gehalt an Nikotin und Teer in Tabakwaren sollen helfen, den Verbraucher zu orientieren und die gesundheitspolitische Zielsetzung der Regierung zu unterstützen, den Nikotinmißbrauch einzuschränken.

Bei kosmetischen Mitteln wird erstmalig ein grundsätzliches Verbot eingeführt, solche Produkte herzustellen und zu vertreiben, die geeignet sind, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Daneben wird ein generelles Verbot begründet, verschreibungspflichtige Stoffe nach dem Arzneimittelgesetz in kosmetischen Mitteln zu verwenden. Ausnahmen von diesem grundsätzlichen Verbot sind erst dann zugelassen, wenn die Stoffe hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Unbedenklichkeit geprüft und diese ausdrücklich festgestellt ist. Mit dem grundsätzlichen Verwendungsverbot für verschreibungspflichtige Stoffe wird gewährleistet, daß die Verantwortung von Arzt und Apotheker für die Anwendung von Arzneimitteln unangestoßt bleibt.

Für die sonstigen Bedarfsgegenstände - u.a. Waschmittel, Reinigungs-

mittel, Spielzeuge - wird der Gesundheitsschutz des Verbrauchers ausgeweitet. So wird u.a. künftig gewährleistet sein, daß weder Reinigungs- noch Pflegemittel sowie Spielzeuge in den Handel gebracht werden können, bei denen die Gefahr besteht, daß sie mit Lebensmitteln verwechselt werden. Die leidvollen Erfahrungen von Gasterbeitern, die ein Spülmittel, auf dessen Etikett eine Zitrone abgebildet war, als Zitronenextrakt getrunken hatten, werden sich künftig nicht wiederholen. Neben dem Gesundheitsschutz wird der Verbraucherschutz verstärkt. Das Warenangebot soll für den Käufer durchschaubarer gemacht werden. Deshalb werden die Hersteller angehalten, ausführliche Angaben über die angebotene Ware zu machen. So soll der Verbraucher künftig wissen, was er kauft. Er soll wissen, wie lange sich eine Ware hält, wie frisch sie ist, ob Konservierungs- und Farbstoffe oder andere Chemikalien zugesetzt sind.

Der Käufer soll vor Täuschung geschützt werden, d.h. die Werbung u.a. für Lebensmittel soll wahrhaft, die Information über das angebotene Produkt sollen zutreffend sein. Den Verbraucher irreführende gesundheitsbezogene Werbung für Lebensmittel wird erheblichen Beschränkungen unterworfen. Dadurch wird mit dem Mißstand aufgeräumt, daß das verstärkte Interesse der Bürger, gesund zu leben, für vordergründige Geschäftsinteressen ausgenutzt wird. Sachlich gebotene Ausnahmen, etwa für die Werbung gegenüber Ärzten sowie den Angehörigen des Heilgewerbes oder der Heilhilfeberufe sowie für diätetische Lebensmittel ergänzen sinnvoll die gesetzliche Regelung.

Ab 1. Januar 1975 ist die Werbung in Rundfunk und Fernsehen für Zigaretten, zigarettenähnliche Tabakerzeugnisse und "die Selbstdrehten" verboten. Darüber hinaus sollen zukünftig Werbeaussagen für Tabakerzeugnisse nicht mehr möglich sein, die Jugendliche oder Heranwachsende als Zielgruppe besonders ansprechen. Dabei kann und wird nicht übersehen, daß mit gesetzlichen Maßnahmen allein eine wirkungsvolle Einschränkung des Verbrauchs von Tabakerzeugnissen nicht erreicht werden kann. Diese Maßnahmen müssen durch eine breit angelegte gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren des Rauchens unterstützt werden. Auch für kosmetische Mittel sieht das Gesetz besondere Werberegeln vor. So sollen künftig keine Werbeaussagen mehr gebraucht werden, durch die fälschlich der Eindruck erweckt wird, daß von der Anwendung des kosmetischen Mittels ein Erfolg mit Sicherheit erwartet werden kann. Daneben soll künftig auch nicht mehr mit Aussagen geworben werden können, die sich nicht auf wissenschaftlich abgesicherte Angaben stützen. Sicherzustellen, daß die Information über kosmetische Mittel wahrhafter und zutreffender wird, ist gleichzeitig ein Beitrag gegen die Geldschneiderei, deren Opfer überwiegend Frauen sind.

Ein Kernstück der Reform ist die Entkriminalisierung des Lebensmittelstrafrechts. Mit der Trennung zwischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, mit der Staffelung von Bußgeldern, Geldstrafen und Freiheitsstrafen je nach der Schwere des Vergehens ist eine wirklichkeitsnähere Regelung getroffen worden. Sie wird wirksamer helfen, Verstöße gegen die Vorschriften des Gesetzes zu ahnden. Der Erfolg der im Gesetz enthaltenen verbraucherfreundlichen Regelungen steht und fällt mit der Durchführung des Gesetzes. Überwachung und Kontrolle müssen wirksam wahrgenommen werden. Das verpflichtet Bund und Länder, die sachlichen und personellen Voraussetzungen umgehend zu schaffen. Der wissenschaftliche Aufwand muß verstärkt werden, die Attraktivität des öffentlichen Gesundheitsdienstes gestärkt, die Aus- und Fortbildung der in der Überwachung und Kontrolle tätigen Personen verbessert werden. Dazu gehört auch der Hinweis, daß angesichts der hohen Anforderungen, die das nationale Recht setzt, die Einfuhrkontrollen sowohl wegen der gesundheitspolitischen Zielsetzung des Gesetzes aber auch um Wettbewerbsnachteile für den deutschen Anbieter zu vermeiden, strikt durchgeführt werden müssen. Nicht zuletzt ist die Bundesregierung deshalb verpflichtet, sich nachdrücklich auf der internationalen Ebene, insbesondere im EG-Raum, zu bemühen, zu Vereinbarungen zu kommen, in denen die nationalen Standards international verbindlich gesichert werden.

Die Sozialdemokraten haben bei der Verabschiedung der Gesamtreform des Lebensmittelrechts deutlich gemacht, daß sie an einem bloßen Reformvorzeiggesetz nicht interessiert sind. Sie wollen und werden alles dazu tun, daß aus der Gesamtreform des Lebensmittelrechts ein vorbildliches Verbraucherchutzgesetz wird, das sich auch im Alltag bewährt. Diese Zielsetzung umzusetzen heißt, daß von der Regierung erwartet wird, daß sie die ihr gegebenen Ermächtigungen im Interesse des Verbrauchers zügig und verantwortungsbewußt nutzt. Dabei zu helfen ist insbesondere auch Sache des Verbrauchers und seiner Organisationen sowie der beteiligten Wirtschaft. Dabei darf der Hinweis erlaubt sein, daß mit einer verbraucherfeindlichen Praxis nicht immer unbedingt auf den Gesetzgeber gewartet werden muß, sondern daß sie auch im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen geübt werden kann. Was der Verbraucher, seine Organisationen und die beteiligte Wirtschaft aus den gegebenen neuen Rechten und Pflichten machen, entscheidet nicht zuletzt über den Erfolg dieses wichtigen Reformgesetzes der sozial-liberalen Koalition.

(-/23.12.1974/bgy/ks/pr)

+ + +

Fragen um die Bundesanstalt für Arbeit

Konkrete Antworten des Präsidenten Stingl erforderlich

Von Bertold Kamm MdL

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag

Der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, der ehem. CDU-Bundestagsabg. Josef Stingl, hat in der ihm eigenen Art wiederholt auf die Arbeit seiner Behörde als Dienstleistungsbetrieb hingewiesen. Lange Zeit wollte er durch eine geschickte Werbung glauben machen, daß erst er das moderne Management in einer Behörde erfunden und eingeführt hätte. Dabei war er immer sein bester "Public-Relations-Mann".

Die offen zu Tage getretene Schwerfälligkeit der Arbeitsverwaltung bei der Bewältigung der ersten Arbeitslosenzahlen macht deutlich, daß Stingl nur den Schein in Pacht genommen hat, ohne entscheidende Veränderungen in seiner Behörde erreicht zu haben. Seine Dynamik endet fast immer in einer guten Selbstdarstellung, einer Mischung aus viel Wind und wenig Entscheidungsfreude. Ob das der Bundesanstalt nützt und ihren Ruf festigt, muß wohl denjenigen zur Beurteilung überlassen bleiben, die das Los der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe erleben müssen.

Beamte und Angestellte der Bundesanstalt fühlen sich heute noch vielfach als Pioniere einer jungen Behörde, die eine epochenmachende Ablösung der Tausenden von privaten Stellenvermittlungen mit ihren verderblichen Methoden zustande gebracht haben. Dieser "good will" von Beamten und Angestellten ist ein hervorragendes Positivum. Sie leiden sicher am meisten unter der fehlenden Flexibilität und Entscheidungsfähigkeit ihres Präsidenten.

Gegenwärtig produziert die Bundesanstalt eine doppelte Bürokratie. Vielerorts müssen Arbeitslose wegen der Schwerfälligkeit der Weisungen ohne Vorschußzahlungen den Weg zum örtlich zuständigen Sozialamt zusätzlich antreten, um die Miete bezahlen und den ersten Lebensunterhalt bestreiten zu können. In einem modernen Dienstleistungsbetrieb dürfte dies nicht passieren.

Sicher kommt der Einwand, Präsident Stingl habe mehr Personalstellen angefordert. Dies wäre wohl der einfachste Weg. Welches Industrieunternehmen käme bei erhöhten Anforderungen auf den Gedanken, sofort eine Stellenvermehrung mit all ihren Folgen zu erwägen? Welche Rationalisierungsmaßnahmen sind eigentlich bei der Bundesanstalt durchgeführt worden? Hat sich der Reformwille nur in modern aufgemachten Anzeigen der Arbeitsverwaltung erschöpft?

Die Bevölkerung muß erwarten, daß der Präsident der Bundesanstalt hierauf schlüssige Antworten gibt.
(-/23.12.1974/ks/pr)

(c: spk München)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller